

Das Spannungsfeld zwischen Arbeitsmarkt und Flüchtlingsintegration

EHB, Bern, 27.4.17

Walter Leimgruber

Herzlichen Dank für diese Tagung und die Möglichkeit hier sprechen zu dürfen. Es ist ein grundlegendes Thema, mit dem wir uns heute auseinandersetzen.

Ich möchte beginnen mit einer Geschichte, in die ich momentan involviert bin. Es betrifft einen ungefähr 20-jährigen Asylsuchenden aus Afghanistan. Er ist seit knapp einem Jahr hier, ist hochmotiviert und spricht schon ausgezeichnet deutsch. Auch deshalb, weil er an manchen Tagen in mehrere Sprachkurse geht, nämlich in alle, die er in seiner Umgebung abgreifen kann. Daneben versucht er ins Leben hinein zu kommen, hat verschiedene Arten von kleinen Praktika gemacht; unter anderem eine Art Kurzpraktikum als Käsler, das ihm sehr gut gefallen hat. Dann ist er in Schwierigkeiten geraten, weil er einem Betreuer erzählt hat, dass ihm einer der Praktikumsanbieter ein Trinkgeld zugesteckt hat. Dies wurde gewertet als bezahltes Arbeiten. Jetzt läuft ein Verfahren gegen ihn, ihm wurde angedroht, er werde ausgewiesen, wenn sich herausstellt, dass er bezahlte Arbeit geleistet habe. Er ist völlig aufgelöst und sagt: „Ich werde kriminalisiert, dabei möchte ich nur arbeiten und hier meinen Weg finden.“ Es ist ein seltsamer Zustand, wenn man den Asylsuchenden sagt, du darfst nicht arbeiten, sonst hat das schwerwiegende Konsequenzen, und sich dann wundert, wenn die Leute das ernst nehmen.

Die Argumente gegen die Beschäftigung von Asylsuchenden sind bekannt: Sie konkurrenzieren angeblich andere Arbeitssuchende, sie sollen gleichzeitig vor Ausbeutung geschützt werden und sie sollen auch nicht integriert werden, bevor man weiss, ob sie bleiben dürfen. Nein, viel lieber lässt man sie herumhängen und manchmal auch Probleme verursachen. Denn das Nichtstun ist frustrierend – das wissen wir alle – und bei jungen Männern manchmal auch gefährlich.

Deshalb bin ich der Meinung, Asylsuchende sollen arbeiten und die Sprache lernen. Egal, ob sie später Asyl erhalten oder nicht. Sie erwerben Kompetenzen, die sie hoffentlich überall gebrauchen können. Und neues Wissen kann auch eine Art Rückkehrhilfe bedeuten für die, die nicht bleiben können. Und für die, die bleiben, ist ein möglichst rascher Einstieg ohnehin sinnvoll.

Ich denke daher, dass noch immer einiges im Argen liegt mit der Arbeitsintegration von Flüchtlingen, und möchte hier einige Punkte thematisieren.

Historische Entwicklung

Doch schauen wir vorher kurz zurück, wie sich die Arbeitsmarktintegration historisch entwickelt hat:

Während der ersten Flüchtlingsbewegungen in den 1950er und 60er Jahren kamen primär ziemlich gut qualifizierte Menschen aus Europa, aus Ungarn und der Tschechoslowakei. Sie stiessen zudem auf viel Goodwill und konnten sich schnell und problemlos integrieren. Der boomende Hochkonjunktur-Arbeitsmarkt bot ihnen gute Anstellungsmöglichkeiten.

Mit den Tibetern war es etwas schwieriger. Sie wurden in einer Art hier angesiedelt, wie man das seither eigentlich nicht mehr gemacht hat, nämlich relativ konzentriert als Gemeinschaften in verschiedenen Dörfern. Aber dank der ausgezeichneten Konjunktur und der guten Beschäftigungslage in der Industrie konnten auch sie relativ gut Fuss fassen.

Ab den 1970er Jahren gab es mehr Vorbehalte, zum Beispiel bei den Tamilen. Sie wurden zunächst als Drogendealer und Kriminelle dargestellt. Die Integration in den Arbeitsmarkt dauerte länger, funktionierte aber schliesslich doch. Viele Tamilen besetzten zuerst eher unqualifizierte Stellen in der Gastronomie und im Tourismus, nutzten mit der Zeit aber auch die Möglichkeit der Besserqualifizierung, zum Beispiel im Bereich der Pflege sehr intensiv, so dass hier ein langsamer, aber kontinuierlicher Aufstieg beobachtet werden kann.

Nutzung des Potenzials

Heute hat man das Gefühl, es sei alles viel schwieriger, aber eigentlich stimmt das nicht. Die Wirtschaft läuft, wir haben viele Stellenangebote und es gibt mehr offene Lehrstellen als früher.

Aber die Anforderungen sind höher geworden. Und das Wissen und die Vorbildung der Flüchtlinge sind häufig heute nicht sehr hoch, primär fehlt vielen die Sprachkompetenz.

Doch an dieser Stelle gilt es gleich zu differenzieren. Manche haben durchaus gute Ausbildungen. Diese verschwinden aber ziemlich schnell im Dschungel der Anerkennung. Hier herrscht wirklich ein Chaos in diesem Land. Je nach Kanton und je nach Branche ist es völlig unterschiedlich, welche Zeugnisse anerkannt werden, wie der Weg der Anerkennung läuft, an welche Stelle man sich wenden muss.

Hier muss dringend Remedur geschaffen werden. Ich höre das zwar von allen möglichen Seiten, aber niemand weiss, wer zuständig ist. Sind es die Branchen, ist es der Kanton, soll der Bund etwas tun? Also macht niemand etwas.

Es kann aber nicht einfach um Anerkennung oder Nichtanerkennung gehen. Es müssten differenzierte Wege aufgezeigt werden können: Was ist vorhanden an Wissen und Qualifikation, was fehlt, was muss noch erworben werden? Wie kann man das erwerben? Wer finanziert das? Hier haben wir grosses Verbesserungspotenzial. Aber hier zu investieren ist für Firmen nicht interessant, wenn sie andererseits fixfertig Ausgebildete haben kann. Der Staat verharrt in einer klassischen Sozialpolitik, ohne vorhandene Potenziale wirklich zu fördern.

Die Unis haben in den letzten zwei Jahren für gut Qualifizierte nette Aktionen gestartet, damit die Flüchtlinge in Vorlesungen sitzen dürfen. Was aber wirklich fehlt, sind die Vorbereitungskurse. Die Flüchtlinge brauchen ein hohes Sprachniveau und sie brauchen höhere Mathematikkenntnisse, wenn sie wirklich studieren wollen. Aber diese Kurse werden von niemandem finanziert, denn sie gehen über das als Standard verlangte Niveau hinaus. Deshalb müssten die Asylsuchenden und Flüchtlinge die Kurse selber bezahlen. Wie sollen sie das?

Wir unterstützen in der Regel Massnahmen für die Arbeitsmarktintegration auf dem untersten Niveau, der Rest interessiert uns dann nicht mehr. Und ich denke, wir vergeben uns da einiges an Potenzial. Ich möchte das Beispiel einer Frau aus der Karibik erwähnen, die schon längere Zeit in der Schweiz ist. Sie hatte Strassenbau studiert. Ihr Zeugnis wurde natürlich nicht anerkannt, aber sie bekam die Zusage, dass sie mit drei weiteren Semestern hier ihr Diplom machen könne. Der zuständige Kanton lehnte es selbstverständlich ab, diese drei Semester zu finanzieren – wo kämen wir denn hin, wenn wir jedem das Studium finanzieren würden. Also putzte die Frau. Heute besitzt sie eine Putzfirma, ist sehr erfolgreich, aber sie ist nicht in einem Sektor tätig, in dem wir gute Leute wirklich gebrauchen können.

Das wäre daher der erste Punkt meiner Forderungen: Es braucht eine systematische Abklärung, was die einzelnen Personen können, und darauf aufbauend die Planung eines Ausbildungsweges unter Berücksichtigung der vorhandenen Zertifikate und des implizit vorhandenen Wissens und Könnens. Das erfordert aber zwei Dinge: ein systematisches Coaching und eine neue Sozialpolitik.

Coaching

Was wir brauchen, ist ein Coaching aus einer Hand, mit dem die Personen über längere Zeit begleitet und betreut werden. Das hat sich bisher am besten bewährt, einzelne Kantone wenden das mit Erfolg an. Es ist teuer, es ist aufwändig, aber es ist auch erfolgreich. Nicht nur wegen der Sicherheit und der Vertrautheit, die hergestellt wird, sondern auch wegen der sys-

tematischen Abklärung der Bedürfnisse. Nicht nur der Bedürfnisse der Betroffenen, sondern auch der Bedürfnisse der Wirtschaft. Das muss Hand in Hand gehen, weil diese je nach Region anders aussehen. Es gilt, ein Paket von Praktika, Vor- und Anlehen und wenn möglich regulären Berufslehren zu schnüren. Dazu braucht es eine enge Verzahnung der einzelnen Ämter und eine enge Verzahnung zwischen Betreuenden und Wirtschaft.

Heute finden wir aber an vielen Orten ein relativ unkoordiniertes Nebeneinander der Ämter und der Stufen zwischen Gemeinde und Bund. Ich war im letzten Herbst an einer Podiumsdiskussion in einem grossen Kanton, wo über Arbeitsmarkt und Migration diskutiert wurde. Es war das Arbeitsamt anwesend, das Integrationsbüro, das Sozialamt, das Schulamt und noch ein paar weitere Ämter. Eine Frage aus dem Publikum lautete: „Person xy hat Asyl bekommen. Nun möchte er wissen, welche Möglichkeiten er hat, um sich auszubilden. Wohin geht er, wenn er seine berufliche Situation planen will? Wer ist zuständig für Beratung?“ Schweigen. „Wir sind nur für Sprachkurse zuständig“, sagt die Integrationsstelle. „Wir für die Wohnung“, sagt das Sozialamt. „Wir bieten die ausgeschriebenen Stellen an“, sagt das RAV, und so weiter. Heiterkeit im Publikum, dann betretenes Schweigen, weil alle merken, dass nichts koordiniert ist. Keiner hat eine Ahnung, wie man diese Person beraten könnte, wenn sie ihr Leben in die Hand nehmen möchte. Alle bieten zwar ein Puzzlestück, das wichtig ist, aber wie dieses mit dem nächsten Puzzlestück zusammenpasst, das weiss niemand. Ich habe mich ehrlich gesagt an Mani Matter erinnert gefühlt:

„Är isch vom Amt ufbotte gsy, / am Fritig vor de Nüne / by Schtraf, im Unterlassigsfall, im Houptgebäud, Block zwo, / Im Büro 146 persönlich go z'erschiine,....“

Mit dem bitteren Ende: „... isch immer witergloffte und isch nie meh ume cho.“

Individuelle Betreuung, ein Coaching mit einer sorgfältigen Evaluierung, was die Personen können, und daraus abgeleitet ein Plan, der Schritt für Schritt festlegt. Und der bei begabten Leuten halt auch Schritte enthält, die in der heutigen Politik nicht vorgesehen sind. Das bedingt eine andere Form der Zusammenarbeit der Ämter und der Ebenen zwischen Gemeinde und Bund.

Aber es braucht auch die Beseitigung der vorhandenen Hindernisse. Für mich heisst das

a) Integration vom ersten Tag an.

b) Arbeiten und Lernen müssen miteinander verbunden werden. Die Sprachkurse, wie wir sie zum Teil anbieten, sind für bildungsungewohnte Menschen nicht sehr förderlich. Natürlich können wir diese Menschen nicht in den primären Arbeitsmarkt bringen, aber wir haben

genügend Aufgaben in einem sekundären Arbeitsmarkt, wo wir Spracherwerb und praktische Tätigkeit miteinander kombinieren können.

c) Abschaffung der Hindernisse, die wir in bestimmten Bereichen, etwa bei der Vorläufigen Aufnahme immer noch haben (die Bewilligungspflicht des Kantons, die Sondersteuer etc.). Hier tut sich etwas, wie Sie vielleicht gelesen haben, aber es müssen weitere Schritte folgen. Auch der Begriff „Vorläufige Aufnahme“ muss verschwinden, denn ein Arbeitgeber stellt niemanden ein, auf dessen Ausweis das steht. Denn wie lange ist eine solche Person überhaupt hier, bis morgen, bis nächste Woche?

Wir konnten vor kurzem gelesen, der Kanton Zürich reduziere die Sozialhilfe für vorläufig Aufgenommene mit dem Argument, sie dürften eigentlich gar nicht hier sein. Man fragt sich manchmal, wie fern jeder Realität ein Parlament sein darf. Es gibt Gründe und Verpflichtungen, warum die Leute hierbleiben (non-refoulement-Gebot etc.). Und wie geht man damit um, dass ein Parlament ein bisschen spart und dafür hohe zukünftige Kosten generiert, die durch die fehlenden Integrationsmassnahmen zweifellos entstehen?

Dieses Coaching und diese individuelle Betreuung benötigen vor allem Unbegleitete Minderjährige Asylsuchende (UMA) und junge Erwachsene. Bei den UMA ist die Situation in den Kantonen sehr unterschiedlich. Manche tun wirklich Sinnvolles, andere tun sehr, sehr wenig. Generell wenig tut sich hingegen bei den jungen Erwachsenen zwischen 18 und 25 Jahren. Ich bin der Meinung, die jungen Erwachsenen müssten gleich behandelt werden wie die UMA. Denn die Betonung liegt auf „jung“ und eben nicht auf „erwachsen“. In dieser Gruppe haben viele grosse Defizite, die es zu beheben gilt. Und wenn das heisst, sie brauchen zuerst eine Schulausbildung, dann soll man sie in die Schulausbildung schicken. Aber Angebote dafür fehlen. Was immer das Beheben der Defizite kosten mag, es ist billiger als eine vierzigjährige Karriere zwischen Sozialfall und Gelegenheitsjobs. Und damit bin ich bei der Sozialpolitik.

Eine neue Sozialpolitik

All dies bedingt eine Neustrukturierung der Sozialpolitik. Was ist zu tun? Kurz und thesenartig: Die Integrations- und Sozialpolitik der Zukunft muss Bildungspolitik heissen – und zwar auf allen Stufen und in allen Lebensphasen. Grosse Bildungsdefizite innerhalb der Bevölkerung, wie wir sie noch immer haben, wird es nicht mehr ertragen. Die Menschen, die einwandern, müssen ohne wesentliche Reibungsverluste integriert werden, denn ein Weiter-

tragen von Integrationsproblem in die zweite Generation führt zu Katastrophen (wie wir es in verschiedenen benachbarten europäischen Ländern mit aller Dramatik beobachten können).

Was stellen wir fest: Die Mehrheit der Sozialhilfeempfänger, egal ob Flüchtlinge, andere Migranten oder Einheimische, verfügt über keine Ausbildung oberhalb der obligatorischen Schulausbildung, manche nicht einmal über letztere. Hier gilt es anzusetzen. Sozialpolitik muss heissen: Bildung, Ausbildung und Integration in den Arbeitsmarkt. Heute bietet sie eine Integration in den Arbeitsmarkt, sofern der Arbeitsmarkt diese Person will, häufig will er sie mit der vorhandenen oder eben fehlenden Ausbildung nicht. Und sonst finanziert man den minimalen Lebensunterhalt. Das bringt die Leute aber nicht aus ihrer Situation heraus.

Auch hier braucht es deshalb ein systematisches Coaching: wo stehst Du, was ist der nächste Schritt? Finanziert wird, wenn dieser nächste Schritt unternommen wird, eine Finanzierung ohne klare Bedingungen macht wenig Sinn. Und wenn das sogar bei Erwachsenen heisst, dass nochmals in die Grundausbildung investiert werden muss, dann soll hier eben investiert werden. Heute hieven wir die Betroffenen in Arbeitsmärkte, die extrem instabil und schlecht bezahlt sind, etwa in den Putzsektor, und sind erstaunt, wenn sie in einem halben Jahr schon wieder auf der Matte stehen.

Noch prekärer sieht es bei Familien aus. Was wissen wir hier? Sozialer Ausschluss oder Armut fallen nicht unmittelbar über das Individuum her, sondern sind meist das Endresultat einer problematischen Biographie oder gar einer generationenüberschreitenden Entwicklung. Wir wissen auch, dass der Grund für viele Probleme im sozialen Bereich in den frühen Phasen eines Lebens liegt. Wir müssen uns also überlegen, wann und wie wir am besten investieren, um den Menschen die besten Chancen zu geben. Späte Interventionen sind in der Regel teurer, ineffizient und oft ganz nutzlos in dem Sinne, dass sie das grundlegende Problem in keiner Weise mehr lösen können.

Benachteiligungen, die sich auf die späteren Ausbildungs- und Berufschancen auswirken, entstehen zu einem wesentlichen Teil in den ersten fünf bis sechs Lebensjahren. Denn hier werden die kognitiven Fähigkeiten entwickelt, aber auch Disziplin, Lernmotivation, Phantasie. Wir versuchen seit einem halben Jahrhundert, den Einfluss der sozialen Positionierung auf die Ausbildungsgleichheit auszuschalten, ohne viel erreicht zu haben. Denn es sind die ersten Jahre, die entscheidend sind, und in diesen sind die Kinder privatisiert. Wenn sie in die Schule kommen, ist die Prägung da, eine Korrektur häufig kaum mehr möglich.

Frühförderung

Frühförderung böte daher das grösste Potential, weil hier die meisten Schäden angerichtet werden. Die Verläufe sind allerdings nicht linear: Die wirklich schädlichen Effekte beginnen in der Regel dann, wenn die wirtschaftliche Situation sehr schlecht ist, während die Kinder klein sind. Dazu kommen als zweiter Faktor die kulturellen Ressourcen einer Familie. Was wissen die Eltern über Bildung, an was orientieren sie sich bei der Ausbildungs- und Berufswahl? Die Unterschiede in diesen Bereichen sind gewaltig; und nicht überraschend gehören Migrationsfamilien und hier vor allem Flüchtlingsfamilien und zudem generell Alleinerziehende zu den besonders Benachteiligten. Bei den Alleinerziehenden aber nur, wenn das Einkommen tief ist. Also müssten die Mütter bzw. die Eltern arbeiten gehen und Geld verdienen. Aber das wiederum nur, wenn eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung zur Verfügung steht. Denn wir wissen auch, dass eine frühe und gute Kinderbetreuung hier sehr viel bewirken kann.

Was steht dieser frühen Förderung entgegen? Wir huldigen einem Familienmodell, das wir als traditionell anschauen, das aber noch gar nicht so alt ist und eigentlich erst in den letzten zwei Generationen so richtig greift: Die Vorstellung von der Kernfamilie. Bis vor ein oder zwei Generationen waren es aber nur wenige Familien, in denen das wirklich so lief, dass die Mutter sich um die Kinder kümmert, der Vater auswärts arbeitet und sonst meist niemand regelmässig da ist. Bis dahin mussten in einem Grossteil der Familien beide Elternteile arbeiten und hatten die Kinder oft bei sich – etwa als Bauern oder als Handwerker mit eigenem Betrieb. Und da gab es immer viele Leute, die miterzogen: Geschwister, Grosseltern, Onkel, Tanten, Angestellte, Nachbarn.

Viele Eltern – ich sage das bewusst provozierend – haben wenig Ahnung davon, welche Formen von fördernden Anregungen, Kontakten und Kommunikation für ein Kind wichtig sind. Es geht mir bei dieser Aussage nicht darum, einen spezifischen Erziehungsstil zu propagieren, denn die Erfahrung zeigt: Es gibt nicht *den* wahren Weg. Viele Wege führen nach Rom – aber einer ganz bestimmt nicht: Ein Kind allein mit den frustrierten Eltern zu Hause sitzend, ohne viel Kommunikation, Aufmerksamkeit, Anregung und Spiel, dafür zunehmend überfordert mit medialen Gadgets, Anreizen und Abstumpfungen. Aber genau diese Situation treffen wir heute immer häufiger an.

Wo die Anregung nicht in der Familie passiert, müssten ausserfamiliäre Angebote die Lücke füllen. Doch diese Angebote werden gerade von denen, die sie am nötigsten hätten, nicht genutzt, weil sie freiwillig und meist viel zu teuer sind. Dazu kommt die oben erwähnte Familienideologie. Das wichtigste Argument gegen eine ausserfamiliäre Betreuung lautet,

dass es Privatsache sei, Kinder zu haben, nicht Sache des Staates oder der Öffentlichkeit. Wieso man dann Kinder überhaupt in die Schule schickt, ist mir bei dieser Argumentation nicht ganz klar. Dann, wenn es eh schon fast gelaufen ist, darf der Staat übernehmen. Ich als Staat würde mich weigern und sagen: Kümmert Euch selber um eure Kinder, das ist Privatsache, bildet sie selber aus!

Familienexterne Angebote werden als unzulässigen Eingriff in die Privatsache Familie angesehen, während es offensichtlich kein unzulässiger Eingriff ist, die gesamte Familie im Schlamassel hängen zu lassen.

Ich könnte jetzt viel über die Schulphase und deren Probleme sagen, dafür fehlt aber die Zeit. Was wir wissen: Durch das bestehende schulische Bildungsangebot werden die primären sozialen Ungleichheiten, die sich als Defizite bemerkbar machen, nicht kompensiert. Da der Schuleintritt in der Schweiz relativ spät – viele würden sagen zu spät – erfolgt, können die unterschiedlichen Startbedingungen in der verbleibenden kurzen Zeit bis zur ersten Selektionsphase nicht mehr korrigiert werden.

Es braucht also eine andere Sicht auf Ausbildung auf allen Stufen von früher Kindheit bis zum Erwachsenenalter, um den Migrierenden, insbesondere den Flüchtlingen, aber generell allen anderen benachteiligten Gruppen bessere Integrationsmöglichkeiten in die Arbeitswelt bieten zu können. Warum hole ich so weit aus? Was wir im Flüchtlingsbereich an Problemen sehen, sind Probleme, die wir insgesamt, die wir strukturell haben, in der gesamten Gesellschaft. Wenn wir sie nicht grundsätzlich anpacken, werden wir in der Zukunft grosse Probleme haben, nicht nur bei den Flüchtlingen, sondern auch bei vielen anderen Gruppen. All hier erwähnten Massnahmen müssten daher für alle gelten, nicht nur für eine spezifische Gruppe.

Wir sind in unserem Denken immer noch sehr stark dem Industriezeitalter verhaftet. Doch die Berufsanforderungen ändern sich. Viele einfache Tätigkeiten fallen weg. Die Industrieproduktion im Sinne von Massenproduktion ist kaum mehr unsere Chance. Und die Branchen, die einst grosse Mengen von un- oder angelernten Arbeitern benötigt haben, werden immer kleiner. Die Fabriken automatisieren. Und was geschieht in Zukunft, wenn Bauroboter Bauten von höchster Komplexität zu einem Bruchteil der Kosten eines Maurers erstellen können? Es ist wahrscheinlich nur noch eine Frage der Zeit, bis sie ein weiteres Berufssegment wegrationalisieren, in dem heute relativ viele schlecht qualifizierte Arbeitskräfte tätig sind.

Für alles, was zukünftiges Potenzial hat, braucht es vor allem eines: Wissen, Können, Talent, Kreativität, Innovationsgeist. Und daher wird die Gesellschaft der Zukunft noch viel mehr als die von heute von der Qualität des Humankapitals, vom Wissen der Menschen also, abhängig sein. Ziel muss sein, dass möglichst alle einen Sekundarabschluss schaffen, und Ziel muss sein, dass ein möglichst grosser Teil davon eine berufsorientierte Ausbildung (egal ob Berufslehre oder Hochschule) macht.

Erwachsene in die Lehre

Kommen wir abschliessend zur Stufe der Erwachsenen: Das fundamentalste Problem hier ist die Tatsache, dass in diesem Land ca. 600'000 Erwachsene, die über 20 Jahre alt sind, über keine weitere Ausbildung als die obligatorische Schulbildung verfügen. 600'000, das ist eine enorme Zahl für eine so hoch entwickelte Volkswirtschaft wie die schweizerische. Viele davon sind Migranten, die ins Land kamen, um zu arbeiten, und die nie die Chance hatten, eine Berufsausbildung zu machen.

Alle reden heute von der Fachkräfteinitiative und von der Nutzung des inländischen Potenzials, aber noch ist praktisch nichts umgesetzt. Von diesen 600'000 Menschen sind heute dennoch fast alle berufstätig. Nur wenige sind arbeitslos und bereits aus dem System gefallen. Die Wirtschaft hat im Moment noch Platz für diese Kräfte, aber immer weniger. Gerade in den technisch-industriellen Produktionsstätten werden die Stellen für Ungelernte rarer und rarer. Sie alle kennen Beispiele, wo flinke Geräte die einfachen Arbeitsschritte, die früher von den Ungelernten ausgeführt wurden, übernommen haben, schnell, fehlerlos, ohne Ermüdung, 24 Stunden an 7 Tagen, ohne Krankheiten und Elternurlaub, auch ohne Gewerkschaftsvertretung, die mehr Lohn einfordert.

Der Druck auf die Stellen der Ungelernten wird weiter zunehmen. Wir können natürlich wie unsere Spitzenpolitiker warten und zusehen. Was geschieht dann? Die Menschen fallen aus dem Arbeitsprozess heraus, zuerst kommt die Arbeitslosenkasse, dann die Sozialhilfe, es kommen die vielen Kürslein „Wie ich wieder fit werde für den Arbeitsmarkt“. Meist lernt man dabei das Falsche zu spät und zu wenig intensiv. Und das bei enormen Kosten.

Oder wir entwickeln eine Strategie, die nicht erst dann greift, wenn es schon zu spät ist, sondern die jetzt greift, während die Menschen noch Arbeit haben. Diese Menschen müssen jetzt, während ihrer Arbeit, lernen. Das heisst, sie müssen jetzt in die Lehre. In vielen Betrieben könnte man sie nämlich brauchen, wenn sie denn halt mehr könnten als sie im Moment können. Und diese Menschen sind in der Regel nicht dumm, sondern hatten ganz einfach keine Chance, etwas zu lernen.

Eine dreijährige Berufslehre, das zeigt die Erfahrung, machen sie in zwei Jahren, weil sie keinen Sport mehr belegen müssen, einige allgemeinbildende Fächer nicht mehr brauchen und durch ihre praktische Erfahrung schon viel implizites Wissen mitbringen, das ausgebaut und gefestigt werden kann.

Um ein solches Konzept zu realisieren, braucht es:

1. Das Engagement der Arbeitgeber, denn sie müssen einwilligen, dass ihre Angestellten nicht nur arbeiten, sondern auch neue Dinge lernen. Das kostet. Es kostet Ausbilder und auch mehr Zeit für bestimmte Abläufe.

2. Das Engagement des Staates, der den Tag, den die Menschen in die Schule gehen, finanzieren müsste, denn an diesem arbeiten sie nicht. Und man kann diesen Personen auch nicht einfach die Löhne kürzen, denn sie haben Familie, eine Wohnung, Kinder in Ausbildung.

3. Das Engagement der Betroffenen, denn sie müssen wieder ins Lernen einsteigen, müssen wieder in die Schule, neue Dinge lernen. Das wird manchen natürlich schwerfallen.

Aber das sind alles sind doch eher kleine, lösbare Probleme. Und die Kosten, die ein solches Vorgehen verursacht, betragen einen Bruchteil von dem, was auf uns zukommt, wenn alle diese Menschen einmal keine Arbeit mehr haben.

Eine solche Aktion hätte den schönen Nebeneffekt, dass Wirtschaft und Staat den Beweis antreten könnten, dass ihnen die Menschen in diesem Land nicht egal sind, dass es nicht einfach darum geht, möglichst günstig gutausgebildete Fachkräfte aus dem Ausland zu holen, wie das zum Beispiel viele kritisieren, die für die Masseneinwanderungsinitiative gestimmt haben. Es gibt bereits Firmen, die ein solches Modell praktizieren, aber es sind leider noch sehr wenige.

Abschied vom Industriezeitalter

Unser Bildungssystem ist ideal gewesen für das Industriezeitalter. Jetzt müssen wir Reformen und Anpassungen vornehmen. Stattdessen streiten wir uns über veraltete Gegensätze von familiär und ausserfamiliär, von Gymnasium und Berufslehre, von Jugendalter und Erwachsenenalter. Uns fehlt offensichtlich noch immer die Vorstellung davon, welcher Wandel auf uns zukommt. Vergleichen Sie diesen mit der Zeit von Pestalozzi, in der die Erzieher den Leuten beibringen mussten, dass alle Kinder eine Schulbildung brauchen und nicht einfach billige Arbeitskräfte sind. „Unerhört, was für verrückte Ideen die haben, die spinnen,“ sagten die Leute in seiner Zeit. „Wir brauchen die Kinder für die Arbeit, für was um Himmels Willen soll das unnütze Zeug gut sein, das sie in der Schule lernen?“ So ähnlich tönt es auch heute von vielen Seiten. Damals setzten sich die Reformer, die in die Zukunft schauten, durch. Und

sie legten damit den Grundstein für den Aufstieg der Schweiz in den nächsten 150 Jahren. Sind wir heute auch so weitsichtig oder glauben wir wirklich, es gäbe nichts mehr zu verbessern und wir könnten einfach so weitermachen, egal wie sehr sich die Welt um uns herum verändert?

Damals ging es um den Übergang vom Agrarzeitalter in die Epoche der Industrialisierung, der Urbanisierung und der entstehenden Nationalstaaten. Heute geht es um den Übergang in eine Welt der Globalisierung, der Tertialisierung, der Digitalisierung, wir nennen es Dienstleistungsgesellschaft, wir nennen es Netzwerkgesellschaft, wir nennen es Wissensgesellschaft. Die Ausbildung wird der Punkt sein, der darüber entscheidet, wie wir diesen Übergang schaffen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.